



BAYERISCHER LANDTAG
KINDERKOMMISSION

**Tätigkeitsbericht über den fünften Turnus
(15.November 2012 – Ende der
Legislaturperiode)**

AZ: 16/KiKo-Ber-005

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Tätigkeitsschwerpunkt Kinder und Gesundheit	3
2.1 Expertengespräch zum Thema Essstörungen im Kindesalter	3
2.2 Beschluss der Kinderkommission	5
3. Tätigkeitsschwerpunkt: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	6
4. Sonstige Themen in den Sitzungen der Kinderkommission	8
4.1 Fachgespräch Sexueller Missbrauch von Kindern.....	8
4.2 Vorstellung des Modellprojekts „Netzwerk Familienpaten Bayern“	10
4.3 Nachgehakt: Inklusion an Regelschulen	11
4.4 Pfad für Kinder	12
5. Aktionen und Besuche	13
5.1 Besuch einer Schule mit CO ₂ -Ampel	13
5.2 Kinderparlament.....	14
5.3 Münchner Kinder- und Jugendforum – eine Grundschulklasse erhält Einblick in die Arbeit der Kinderkommission	15
5.4 Kinderfriedensfest in Augsburg	15

1. Einleitung

Der letzte Turnus der Kinderkommission des Bayerischen Landtags begann am 15. November 2012 mit der Wahl von Brigitte Meyer (FDP) zur neuen und somit letzten Vorsitzenden innerhalb der 16. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags. Stellvertretende Vorsitzende wurde Petra Dettenhöfer (CSU).



Bild: MdL Dr. Simone Strohmayr, MdL Claudia Stamm, MdL Brigitte Meyer, MdL Petra Dettenhöfer und MdL Eva Gottstein bei der Wahl der neuen Vorsitzenden

Im Laufe dieses letzten Turnus fanden insgesamt 9 Sitzungen im Bayerischen Landtag statt. Diese wurden auf Grund der geringen restlichen Sitzungszeit der Legislaturperiode alle zu Beginn des Turnus festgelegt, um noch ausreichend Termine für die Themenschwerpunkte sowie Anliegen von Verbänden, Bürgern und aktuelle Anlässe zur Verfügung zu haben. Zusätzlich zu diesen Sitzungsterminen gab es noch Einzeltermine einzelner Mitglieder außer Haus, um die Arbeit der Kinderkommission vorzustellen. Des Weiteren gab es einen offiziellen Außentermin am 17. Juni 2013.

2. Tätigkeitsschwerpunkt Kinder und Gesundheit

2.1 Expertengespräch zum Thema Essstörungen im Kindesalter

Die Zunahme bei Essstörungen von Kindern sind eine Entwicklung, welche die Mitglieder der Kinderkommission aufhorchen ließ: 12-14-jährige Patienten mit schweren Essstörungen sind schon heute die Regel, manche Patienten sind sogar noch jünger. Essstörungen sind ernst zu nehmende psychosomatische Erkrankungen, die durch schwere Störungen des Essverhaltens gekennzeichnet sind. Inzwischen werden sie immer mehr zu einem Problem des Kindesalters

und der frühen Jugend. Eine aktuelle Studie der WHO belegt, dass sich jedes zweite 15-jährige Mädchen und jeder dritte Junge in diesem Alter zu dick finden, obgleich dies objektiv nicht der Fall ist. Insbesondere im internationalen Vergleich wird deutlich, dass sich deutsche Jugendliche am häufigsten als zu dick einschätzen. Laut einer Studie des Robert-Koch-Instituts haben rund 20% der deutschen Mädchen und Jungen im Alter von 11 Jahren eine auffällige Einstellung zum Essen. Grund genug für die Kinderkommission, sich mit dieser Problematik intensiver zu befassen.

Im Rahmen des Schwerpunktbereiches Kinder und Gesundheit veranstaltete die Kinderkommission des Bayerischen Landtags daher am 7. Februar 2013 eine Fachtagung zum Thema „Kinder und Essstörungen“, um sich mit Experten über die aktuelle Lage auszutauschen. Der Schwerpunkt sollte dabei auf Präventionsmöglichkeiten gelegt werden, damit diese beunruhigende Entwicklung durchbrochen werden kann.

Als Gesprächspartner hatte die Kinderkommission des Bayerischen Landtags folgende Experten eingeladen: Frau Dr. Karin Lachenmeir, Leiterin des Therapie-Centrums Essstörungen in München, Herrn Andreas Schnebel, geschäftsführender Vorstand von ANAD e.V. (Therapeutische Wohngruppen) in München sowie Vorstandsmitglied des Bundesfachverbandes Essstörungen e.V., Frau Vanessa v. Wyschetzki (ANAD e.V.) und Frau Maja Schrader vom BKK-Projekt „bauchgefühl“, ein Unterrichtsprogramm, welches sich kritisch mit dem Thema Essstörungen auseinandersetzt. Themenschwerpunkte bildeten die Formen der Essstörungen, Prävalenz, Ursachen, sowie Präventions- und Therapiemöglichkeiten.



Bild: MdL Petra Dettenhöfer, MdL Brigitte Meyer, Dr. Karin Lachenmeir, MdL Claudia Stamm, Frau Maja Schrader, Herr Andreas Schnebel und Frau Vanessa v. Wyschetzki nach dem Gespräch

Frau Dr. Lachenmeir stellte die Ursachen und Formen der Essstörung dar und führte aus, dass die wichtigste Methode zur Behandlung von Essstörungen die Psychotherapie sei. Frau Schrader erläuterte das BKK-Projekt „bauchgefühl“ und wies auf die Wichtigkeit primärer niedrigschwelliger Präventionsprojekte hin, welche auch die neuen Medien miteinbezögen. Die Nachfrage nach Unterstützung und Informationen sei bei den Lehrkräften in allen Schularten sehr hoch. Ähnliche Erfahrungen wurden auch von ANAD e.V. berichtet. Herr Schnebel wies jedoch darauf hin, dass die Beratungsangebote überwiegend in den Großstädten vorhanden seien, hingegen im ländlichen Bereich oft fehlen würden. Darüber hinaus gebe es einen Mangel an Therapieplätzen und es müsse die Frage nach der richtigen Unterbringung und Therapieform dieser jungen Patienten geklärt werden. Frau Dr. Lachenmeir bekräftigte die Forderung nach mehr Therapieplätzen und kompetenten Therapeuten. Die Mitglieder der Kinderkommission versprachen, sich der beschriebenen Problemen anzunehmen.

2.2 Beschluss der Kinderkommission

Dem Versprechen, sich der innerhalb des Expertengesprächs vom 7. Februar 2013 aufgeworfenen Problemstellungen anzunehmen, ist die Kinderkommission in der Sitzung am 13. Juni 2013 gefolgt. Einstimmig wurde folgender Beschluss gefasst:

„Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags sieht einen dringenden Handlungsbedarf bei der Prävention und Therapie von Essstörungen im Kindes- und Jugendalter. Essstörungen sind ernst zu nehmende psychosomatische Erkrankungen, die durch schwere Störungen des Essverhaltens gekennzeichnet sind. Inzwischen werden sie immer mehr zu einem Problem des Kindesalters und der frühen Jugend.

Daher empfiehlt die Kinderkommission, verstärkt bestehende Präventionsangebote (bspw. der Krankenkassen oder regionaler Therapiezentren) in der Schule sowie in Einrichtungen der Jugendarbeit durchzuführen. Dem zuständigen Personal in den jeweiligen Einrichtungen ist die Teilnahme an entsprechenden Schulungen zu ermöglichen.

Darüber hinaus fordert die Kinderkommission, die kinder- und jugendpsychotherapeutische Versorgung in Bayern durch eine Änderung der Bedarfsplanungsrichtlinie für die Praxissitze der Kinder- und Jugendpsychotherapeuten zu verbessern, damit betroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien zeit- und wohnortnah eine Therapie beginnen können.

Zu einer Verbesserung des Therapieangebotes gehört auch die Ausweitung des auf Kinder und Jugendliche mit Essstörungen spezialisierten psychosomatischen Therapieangebotes an bayerischen Kliniken.

Die Kinderkommission empfiehlt abschließend die Einhaltung der Leitlinien für die Beratung und ambulante Therapie von Essstörungen des Bundesfachverbandes für Essstörungen.

Außerdem wird angeregt, dass sich die künftige Kinderkommission noch einmal mit dieser Thematik auseinandersetzt und die Einrichtung einer kostenlosen Hotline überprüft. “

3. Tätigkeitsschwerpunkt: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

In der Sitzung am 14. Mai 2013 widmete sich die Kinderkommission erneut dem Themenschwerpunkt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, da in den Erstaufnahmeeinrichtungen die Situation aufgrund der hohen Belegungszahlen abermals sehr angespannt war. Sie lud daher fast 20 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge zu sich in die Sitzung ein, um ihnen und ihren Sorgen ein offenes Ohr zu verleihen. Begleitet wurden die Flüchtlinge von ihren Betreuern in der Erstaufnahmeeinrichtung in München. Bei diesem Hearing waren auch Vertreter der Staatsregierung anwesend, Herr Andreas Herden von der Inneren Mission, welche die soziale Betreuung innerhalb der EAE inne hat, und Herr Jürgen Soyer von Refugio, einem Münchner Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer.



Bild: Die Jugendlichen berichten den Mitgliedern der Kinderkommission über die Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung

Die Jugendlichen berichteten von den unhygienischen Zuständen in der Erstaufnahmeeinrichtung. So stünden in dem einen Trakt für 70 Jugendliche nur eine Toilette mit sieben Kabinen sowie nur eine Küche mit fünf Kochplatten zur Verfügung, wovon nur drei benutzbar seien. In den sieben vorhandenen Duschen gäbe es nur 1x/Woche warmes Wasser und sie seien außerdem sehr schmutzig. Geputzt werde nur einmal wöchentlich. All das würde zu regelmäßigen Streitereien unter den Jugendlichen führen. Auch gebe es Tag und Nacht eine hohe Lärmbelästigung. Einige Jugendliche berichteten davon, dass sie sich selbst verletzten, da sie den Druck und die Hoffnungslosigkeit nicht anders ertragen würden.

Die Jugendlichen wünschten sich einen schnelleren Transfer in die für sie vorgesehenen Einrichtungen der Jugendhilfe, mehr Beschäftigung in der Erstaufnahmeeinrichtung, mehr Perspektiven und jemanden, der ihren Berichten von dem bisher erlebten Leid ein offenes Ohr schenkt. Dafür baten sie die Politiker um Unterstützung. Ein Jugendlicher erklärte, dass

er das, wovon er fortgelaufen sei, nämlich die Gewalt, Drogen und keine Perspektiven, hier erneut vorfinden würde.



Bild: Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, ihre Betreuer und Dolmetscher, Herr Soyer von Refugio zusammen mit den Mitgliedern der Kinderkommission

Herr Soyer von Refugio berichtete, dass tatsächlich viele der Jugendlichen sehr traumatisiert seien und weder Sicherheit noch eine Perspektive erleben würden. Er erläuterte, dass nicht die Erlebnisse an sich, sondern der Umgang nach dem Erlebnis entscheidend dafür seien, ob sich eine psychische Erkrankung herausbildet. Nach seinem Empfinden müsse die Therapie ausgeweitet werden, aber auch kleinere Wohneinheiten würden einen therapeutischen Effekt aufweisen.

Herr Herden von der Inneren Mission berichtete, dass er seit dem Gewaltausbruch im Februar vier neue Stellen von der Staatsregierung erhalten habe mit der Bedingung, die Betreuung nachts auszuweiten. Mangels geeigneter Bewerber konnten jedoch noch nicht alle vier Stellen besetzt werden. Die Ausweitung der Nachtbetreuung werde als sinnvoll erachtet, jedoch befürworte auch er die Unterteilung in kleinere Gruppen und einen besseren Personalschlüssel.

Der Vertreter der Staatsregierung erklärte, dass derzeit in einem eigenen Forum über grundsätzliche konzeptionelle Änderungen der Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen beraten würde. Auch solle es sehr zeitnah Deutschkurse in den Erstaufnahmeeinrichtungen für die Jugendlichen geben. Er schilderte

auch die Problematik, Plätze in den Jugendhilfeeinrichtungen zu finden, insbesondere in München. Auf der anderen Seite habe man Probleme, die vorhandenen Plätze in den anderen Städten Bayerns zu besetzen, da die Jugendlichen sich weigerten, München zu verlassen. Dies wurde von einigen Jugendlichen bestätigt: sie wollten nicht woanders hinziehen, nachdem sie sich in München einigermaßen eingelebt hätten.

Die Vorsitzende der Kinderkommission dankte den Jugendlichen für die offenen Worte und erklärte, dass deren Anliegen bei den Mitgliedern der Kinderkommission angekommen seien und dass sich die Kinderkommission mit diesem wichtigen Thema weiter beschäftigen werde. Die Jugendlichen den Mitgliedern der Kinderkommission dafür, dass sie ihr Anliegen vortragen durften.

4. Sonstige Themen in den Sitzungen der Kinderkommission

4.1 Fachgespräch Sexueller Missbrauch von Kindern

Jährlich werden in Bayern laut Polizeilicher Kriminalstatistik ca. 1800 sexuelle Übergriffe auf Kinder zur Anzeige gebracht. Die Dunkelziffer liegt vermutlich um ein vielfaches höher. Dies war Anlass für die Kinderkommission des Bayerischen Landtags, sich in ihrer Sitzung am 24. Januar 2013 diesem sensiblen und wichtigen Thema im Rahmen eines Expertengesprächs zu widmen und so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dieses Tabuthema zu lenken. Die Mitglieder der Kinderkommission folgten damit auch dem Aufruf des unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Herrn Johannes-Wilhelm Rörig, die bundesweite Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ zu unterstützen.

Gesprächspartner im Rahmen des Expertengesprächs waren Frau Christine Rudolf-Jilg von AMYNA e.V., Institut zur Prävention vor sexuellem Missbrauch, Frau Sabine Wieninger von IMMA e.V., einer Beratungsstelle für junge Mädchen mit sexueller Gewalterfahrung, und Herrn Peter Mosser von kibs Kinderschutz e.V., einer Beratungsstelle für männliche Opfer von Missbrauch. Gemeinsam wollten die Experten und Abgeordneten diskutieren, in welcher Form Kinder und Jugendliche vor sexuellen Übergriffen geschützt werden können und wie man bereits betroffenen Kindern und Jugendlichen, sowie deren Angehörigen, schnellstmöglich helfen kann.

Frau Rudolf-Jilg erläuterte, dass Untersuchungen gezeigt hätten, dass sich Kinder nicht allein vor sexuellem Missbrauch schützen könnten und deshalb die Verantwortung zum Schutz der Kinder bei den Erwachsenen liege. AMYNA konzentriere sich in ihrer Arbeit daher auf die Qualifizierung von Erwachsenen in Institutionen sowie auf die Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit. Frau Rudolf-Jilg stellte weiterhin fest, dass hohe Qualitätsunterschiede bei den Präventionsangeboten festzustellen seien und zu häufig eine Konzentration auf Kinder bestünde. Erforderliche Maßnahmen seien daher die Qualifikation von pädagogischen

Fachkräften, die Aufklärung der Gesellschaft durch Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbau von Präventionsangeboten bei besonders schützenswürdigen Gruppen wie Menschen mit Behinderung oder unbegleiteten minderjährige Flüchtlingen.



Bild: MDL Eva Gottstein, MdL Brigitte Meyer, Herr Peter Mosser, Frau Sabine Wieninger, Frau Christine Rudolf-Jilg und Mdl Dr. Simone Strohmayr nach dem Gespräch

Frau Wieninger führte aus, dass IMMA e.V. als Anlaufpunkt für Mädchen in allen Problemlagen fungiere und dadurch der Zugang niedrigschwellig gehalten werde. Die Beratung werde dabei telefonisch, online oder persönlich angeboten. Kritisch werde die geringe Anzahl an vorhandenen Therapieplätzen gesehen. Aktuell erfahre beinahe jedes vierte bis fünfte Mädchen sexuelle Gewalt im unmittelbaren sozialen Umfeld, allerdings fehlten insbesondere im ländlichen Bereich Anlauf- und Beratungsstrukturen. In akuten Krisen werde eine schnelle Hilfe durch eine niedrigschwellige und kostenfreie qualifizierte Beratung benötigt.

Herr Mosser erklärte die Arbeit von kibs, welche sich ausschließlich an männliche Opfer von sexueller Gewalt wendet und kritisiert, dass es nach wie vor noch keine Daten über die Versorgung männlicher Betroffener gebe und eine verlässliche Finanzierung fehle. Als zielführend erachtete Herr Mosser auch die Implementierung von Präventionskonzepten in den Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Experten waren sich einig, dass die vorhandenen Informationen über Anlauf- und Beratungsstellen gebündelt werden sollten und der Zugang, möglicherweise durch eine zentrale Anlaufstation, erleichtert werden müsse. Die Sitzung wurde mit dem Versprechen beendet, sich weiterhin mit der Thematik „Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern“ zu befassen.

Einstimmig wurde daher am 16. Mai 2013 folgender Beschluss gefasst:

„Die Kinderkommission des Bayerischen Landtags sieht einen dringenden Handlungsbedarf bei der Prävention und Intervention bei sexuellem Missbrauch von Kindern. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik wurden im Jahr 2012 in Bayern 1.832 sexuelle Übergriffe auf Kinder zur Anzeige gebracht, die Dunkelziffer dürfte jedoch um ein Vielfaches höher liegen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Kinderkommission die Etablierung einer bayernweit tätigen, telefonisch und per Mail und über gängige soziale Netzwerke im Internet erreichbaren, Anlaufstelle gegen sexuellen Missbrauch bei Kindern und Jugendlichen, welche als erste Kontaktperson für Betroffene selbst sowie für Angehörige fungiert. Ihre Aufgabe ist die professionelle Weitervermittlung in bestehende Angebote vor Ort durch Errichtung eines Datenpools. Die Anlaufstelle sollte bayernweit durch entsprechende Werbemaßnahmen bekannt gemacht werden. Der Zugang zu ihr soll möglichst niedrigschwellig gestaltet sein, z.B. durch eine kostenlose Telefonnummer.

Darüber hinaus empfiehlt die Kinderkommission die Errichtung einer Internetseite, welche einen Überblick über die in Bayern bestehenden Beratungsangebote und Anlaufstellen bietet. Die Internetseite sollte so gestaltet sein, dass auch Kinder sich auf ihr zurechtfinden. Die Kontaktdaten zu der bayernweiten Anlaufstelle sind auf dieser Internetseite zu vermerken.

Die Kinderkommission setzt sich für die verpflichtende Einführung der „Leitlinien zur Prävention und Intervention sowie zur langfristigen Aufarbeitung und Initiierung von Veränderungen nach sexualisierter Gewalt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Institutionen“ des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ der Bundesregierung ein.

Damit betroffene Kinder und Jugendliche zeit- und wohnortnah bei Bedarf eine Therapie beginnen können, ist die kinder- und jugendpsychotherapeutische Versorgung zu verbessern.

Zur Prävention von sexuellem Missbrauch sollten die Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte in Bildungseinrichtungen (Kita, Schule, Jugendbildung), sowie die Öffentlichkeit durch ausreichende Informationen für diese Thematik sensibilisiert werden.“

4.2 Vorstellung des Modellprojekts „Netzwerk Familienpaten Bayern“

In der Sitzung vom 21. März 2013 hatte die Kiko des Bayerischen Landtags die Geschäftsführerin des Landesverbandes Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V., Frau Susanne Veit, zu Gast, welche das Modellprojekt „Netzwerk Familienpaten Bayern“ vorstellte. Das Netzwerk besteht aus drei Partnern, die das Projekt gemeinsam auf den Weg gebracht haben: dem Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V., dem Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Bayern e.V. und dem bayerischen Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. Die Mitglieder der Kiko erfuhren, dass das Ziel des Projektes die frühzeitige und niedrigschwellige Unterstützung und Begleitung von Familien in plötzlichen Krisen sei. Die Familienpaten seien bei den betreffenden Familien für 2-6 Stunden/Woche bis zu höchstens 12 Wochen eingesetzt und



gewährleisten in der Familie Hilfe zur Alltagsgestaltung. Dabei müssen sich die Familienpaten, so Frau Veit, an den jeweiligen Lebenswelten der Familien orientieren und die Eigenkompetenz der Familie stärken. Zum Aufgabenbereich der Familienpaten gehöre die Begleitung zu Behörden, Ärzten und Schulen und die Weiterentwicklung der Erziehungskompetenz, darüber hinaus hätten die Familienpaten eine Lotsenfunktion zu anderen Beratungs- und Fachstellen inne. Der Gewinn für die Familien sei die Annahme von Zuwendung und der Erhalt neuer Lebensperspektiven. Die Familienpaten arbeiteten alle ehrenamtlich und würden durch die für die Ehrenamtlichen kostenlosen intensiven Schulungen vor Ort in ihre Aufgabe eingeführt. Unterstützt würden sie von koordinierenden Fachkräften. Das Projekt wird finanziell durch das Bayerische Sozialministerium unterstützt.

4.3 Nachgehakt: Inklusion an Regelschulen

Bereits im vierten Turnus hatten sich die Mitglieder der Kinderkommission intensiv mit der Thematik Inklusion an Regelschulen beschäftigt. Anfang des Jahres 2012 wurden die Abgeordneten auf die Situation zweier gehörloser Mädchen aufmerksam, welche nach Wunsch der Eltern anstatt eines Förderzentrums eine Regelschule besuchen sollten. Aufgrund der hohen Kosten für die dringend benötigten Gebärdensprachdolmetscher wäre dies aber ohne staatliche Hilfe nicht möglich gewesen. Nach langwierigen Verhandlungen der zuständigen Behörden – Kultusministerium, Sozialministerium und Bezirk – haben die beiden Ministerien die notwendigen Gelder im Rahmen eines wissenschaftlichen Projekts freigegeben.

Die Mitglieder der Kinderkommission wollten nun dieses Thema weiter verfolgen und luden daher für die Sitzung vom 18. April 2013 zu einem Expertengespräch ein. Im Detail wollten die Mitglieder sich über die aktuellen Ergebnisse des Forschungsprojektes berichten lassen sowie Experten dazu befragen, welche Unterschiede im Lernen für hörbehinderte Kinder an Regelschulen im Vergleich zum Besuch eines Förderzentrums bestehen. Hierzu wurden folgende Experten eingeladen: Frau Prof. Dr. Anette Leonhardt, Lehrstuhl für Gehörlosen- und Schwerhörigenpädagogik an der LMU München, Frau Cornelia von Pappenheim, Referentin für Medien und Organisation beim Deutschen Gehörlosenbund, Frau Getrud Kreutmayr und Herr Johann Miller vom Bezirk Schwaben, Frau Eva-Maria Geser, Sonderschulkonrektorin vom Förderzentrum Augsburg sowie Vertreter des Kultus- und Sozialministeriums.

Zunächst erläuterte Frau Prof. Leonhardt die bisher gewonnen Arbeitsergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Besuches der beiden gehörlosen Mädchen an den beiden Regelschulen. Endgültige Ergebnisse gebe es aufgrund der kurzen Studiendauer noch nicht, aber im Fazit könne zum aktuellen Zeitpunkt gesagt werden, dass die beiden gehörlosen Mädchen gut in der Klasse mitkommen.

Im Anschluss an den Bericht wurde gemeinsam über den Unterschied der Beschulung an Regelschulen zu einem Förderzentrum diskutiert. Die Mitglieder der Kinderkommission

erfahren, dass die Anzahl der Kinder mit Cochlear-Implantat (einer sogenannten Hörprothese für Gehörlose, deren Hörnerv noch funktioniert) stetig ansteige. Nur noch ca. 5% aller hörbehinderten Kinder seien taub im klassischen Sinne. Dadurch bedingt, gebe es eine enorme Streubreite an unterschiedlichen Hörbehinderungen an den Förderzentren, so dass stets die Balance zwischen Vermittlung der Lautsprache sowie Wissensvermittlung mit Gebärdensprache gefunden werden müsse. Der Vorteil der Förderzentren, insbesondere der Schulvorbereitenden Einrichtungen (SVE), sei die frühe Vermittlung des Schriftsprachenerwerbs schon ab dem 5. Lebensjahr, da hier in der kognitiven Entwicklung eine sensible Phase bestehe, sowie die Vermittlung der Lautsprache von frühester Kindheit an. Von den Experten wurde aber eindeutig klargestellt, dass auch diejenigen Kinder, welche vom Babyalter an mittels Hörgerät und Implantat die Lautsprache lernen und im Laufe der Jahre gut beherrschen, dennoch immer gehörgeschädigt blieben und somit nie gänzlich auf Gebärdensprachdolmetscher verzichtet werden könne. Der Vorteil der Regelschulen sei die inkludierende Wirkung, die vordergründige Schwerpunktsetzung bei der Wissensvermittlung durch Gebärdensprache und die Wohnortnähe. Frau Prof. Leonhardt wies darauf hin, dass beim Besuch einer Regelschule die Lautsprache nicht richtig gelernt werden könne.

Frau von Pappenheim betonte, es müsse Aufgabe der Gesellschaft und der Politik sein, eine Kultur der Gebärdensprache zu etablieren. Die Betonung des Lautsprachenerwerbes empfinde sie als problematisch und ausgrenzend.

Aufgrund der bisher erlangten Forschungsergebnisse erläuterte Frau Prof. Leonhardt abschließend, dass die Eltern gehörgeschädigter Kinder insbesondere in den ersten Schuljahren Vorbehalte gegen die Förderzentren hätten, was oftmals an der weiten Entfernung sowie an der Internatsstruktur liege. Mit aufsteigenden Schuljahren würden hingegen mehr Kinder an die Förderzentren wechseln. Die Ursachen ließen sich laut den Forschungsergebnissen nach in der steigenden Bedeutung der Kommunikation mit dem Alter und dem Fehlen entsprechender Kommunikationspartner in den Regelschulen begründen.

Die Vorsitzende schloss die Sitzung mit der Bemerkung, dass das vordergründige Ziel sein solle, die Kinder zu selbstbewussten Menschen zu erziehen, ihre Stärken und Fähigkeiten herauszustellen und ihnen unterschiedliche Wege zu bieten. Darin waren sich alle einig.

4.4 Pfad für Kinder

In der letzten regulären Sitzung am 4. Juli 2013 wird¹ den Mitgliedern der Kinderkommission noch die Arbeit von „Pfad für Kinder“ vorgestellt. „Pfad für Kinder“ wurde 1987 in München gegründet und ist ein Zusammenschluss von Pflege- und Adoptivelterngruppen und -vereinen, Pflege- und Adoptivfamilien, Bewerberinnen um ein Pflege- oder Adoptivkind,

¹ Aus organisatorischen Gründen war eine Drucklegung bis zum 2. Juli 2013 erforderlich, so dass noch nicht stattgefundenen Aktionen im Bericht nur angekündigt werden konnten.

Tagespflegeeltern und Fachkräften der Jugendhilfe. Die Mitglieder des Verbandes werden mit den Abgeordneten über Verbesserungsmöglichkeiten in der Pflegekinderhilfe und rund um die Adoption eines Kindes diskutieren. Die Thematik stößt bei den Kiko-Mitgliedern auf großes Interesse.

5. Aktionen und Besuche

5.1 Besuch einer Schule mit CO₂-Ampel

Die Kinderkommission hatte sich bereits in ihrer 34. Sitzung am 21. Juni 2012 mit der Thematik CO₂-Belastung im Unterricht beschäftigt und sich vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit berichten lassen. Insbesondere die Debatte über den Zusammenhang zwischen Luftqualität und Konzentrationsfähigkeit sowie die Wirksamkeit verschiedener Lüftungstechniken führte bei den Mitgliedern der Kinderkommission zu dem Wunsch, sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen.



Bild: Die Kinder des Städtischen Willi-Graf-Gymnasiums demonstrieren der Kinderkommission die Wirkungsweise der CO₂-Ampel

Am 17. Juni 2013 besuchten zwei Mitglieder der Kinderkommission, MdL Claudia Stamm und in Stellvertretung von Brigitte Meyer, MdL Julika Sandt, daher eine Schule der besonderen Art. Da eine ausreichende Frischluftzufuhr wichtig zum Lernen ist, verleiht das Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München sogenannte CO₂-Ampeln. Die Schulen,

welche das Angebot wahrnehmen, messen in einer mehrwöchigen Anwendungsphase den CO₂-Gehalt, um rechtzeitig bei einer mangelhaften Versorgung mit frischer Luft durch ausreichendes Lüften entgegensteuern zu können. Dadurch werden die Schüler für diese Thematik sensibilisiert. So auch das Städtische Willi-Graf-Gymnasium München.

Nach der Begrüßung durch die Schulleiterin Frau Gertrud Sauer-Dietl demonstrierten die Schülerinnen und Schüler gleich eine der Luftgüteampeln. Im „Versuchsraum“, einem mittelgroßen Klassenzimmer, in dem sich 15 Personen befanden, sprang die Ampel bereits nach 15 Minuten auf orange. Dies bedeute eine CO₂-Konzentration zwischen 1.000 und 2.000 ppm, so Herr Franz Hammerl-Pfister vom Pädagogischen Institut des Bildungsreferates der Stadt München. Laut der Studie „Frische Luft an Bayerns Schulen“ des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, welche bereits im vergangenen Jahr Thema in der Kinderkommission war, ist bei einer solchen Konzentration schon mit einer Beeinträchtigung des Wohlbefindens und der Leistungsfähigkeit zu rechnen.

Der CO₂-Spiegel steigt im Laufe einer Unterrichtsstunde automatisch durch das Ausatmen der anwesenden Schüler und Lehrer. Die im Unterrichtsraum angebrachte Ampel zeigt dabei den aktuellen Pegel an. Mit steigender Kohlendioxidkonzentration in der Raumluft nehmen Konzentrations- und Leistungsfähigkeit ab, Müdigkeit und Geruchswahrnehmungen steigen an, das Wohlbefinden wird vermindert. Sobald die Ampel eine zu hohe CO₂-Konzentration anzeigt, ist Lüften angesagt: mit Stoß- oder Querlüften lässt sich dabei am effektivsten und energieschonenden ein Luftaustausch vornehmen. Ein positiver Nebeneffekt des Lüftens ist darüber hinaus, dass Gerüche, Feuchtigkeit, Feinstaub und andere in der Luft enthaltene Schadstoffe aus dem Klassenzimmer herausgelüftet werden. Die Abgeordneten waren überrascht, wie schnell ein zu hoher CO₂-Spiegel erreicht ist, obwohl man gefühlt noch ausreichend frische Luft vermutet hätte. Das Angebot der Landeshauptstadt München kam bei den Kiko-Mitgliedern sehr gut an und jeder nahm für sich persönlich und die Arbeit im Landtag das Wissen mit, dass regelmäßiges Lüften sehr wichtig für konzentriertes Arbeiten ist.

5.2 Kinderparlament

Am 5. Juli 2013 wird nun schon zum zweiten Mal im Bayerischen Landtag das Kinderparlament stattfinden. Erneut erhalten rund 175 Schüler aus allen 7 Regierungsbezirken die Möglichkeit, mit Abgeordneten über eine Vielzahl von Themen in einzelnen Arbeitsgruppen zu debattieren. Mitarbeiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P) sowie des Landtagsamtes bilden wieder fünf Arbeitsgruppen und machen dabei politische Querschnittsthemen aus dem Erfahrungsbereich der Kinder fassbar. So wird über Gerechtigkeit, Schule, Umwelt, Gesundheit und Miteinanderleben altersgemäß und anschaulich mit den Neun- bis Zehnjährigen diskutiert. Die Mitglieder der Kinderkommission, welche auch die einzelnen

Schulen ausgelost hatten, fungieren auch in diesem Jahr wieder als Paten der einzelnen Arbeitsgruppen, um die Ergebnisse in ihre politische Arbeit mitnehmen zu können.

5.3 Münchner Kinder- und Jugendforum – eine Grundschulklasse erhält Einblick in die Arbeit der Kinderkommission

Am 3. Mai 2013 fand in München das 57. Kinder- und Jugendforum statt, wozu auch die Kinderkommission als Diskussionspartner eingeladen worden war. Im Rahmen dieses Forums kommen Kinder der Stadt München mit Stadträten, Mitarbeitern der Stadtverwaltung und anderen Entscheidungsträgern ins Gespräch, um mit ihnen über aktuelle Probleme und darüber zu diskutieren, wie München kinderfreundlicher gestaltet werden kann. Einige Kinder äußerten im Forum den Wunsch, dass bereits in der Grundschule die Möglichkeit eingerichtet werden sollte, in die Berufswelt hinein zu schnuppern. Daraufhin wurde prompt die beantragende Schulklasse von der anwesenden Vorsitzenden der Kinderkommission eingeladen, noch in diesem Schuljahr den Abgeordneten für ein paar Stunden bei ihrer Arbeit im Landtag über die Schultern zu blicken und einen Vertreter des Kultusministeriums zu befragen, warum es in der Grundschule noch kein Schnupperpraktikum gebe. Dieser Besuch kann am 4. Juli 2013 realisiert werden.

5.4 Kinderfriedensfest in Augsburg

Am 8. August 2013 findet parallel zum alljährlichen Augsburger Hohen Friedensfest im Botanischen Garten Augsburg das Kinderfriedensfest statt. In Gemeinschaft mit dem Zoo, organisiert vom Amt für Kinder, Jugend und Familie werden beim Kinderfriedensfest Informationen, Aktionen, Attraktionen, Unterhaltung und Spiele für Kinder und Erwachsene geboten. Auch die Kinderkommission wird mit einem eigenen Stand vertreten sein und die Arbeit der Kiko vorstellen sowie den Kindern und auch ihren Eltern Fragen zu den verschiedensten Themen beantworten.